

niemals danach streben werden. Sie treten unverändert dafür ein, daß das militärische Gleichgewicht auf einem immer niedrigeren Niveau gewährleistet und die militärische Konfrontation in Europa verringert und beseitigt wird. Eine andere Doktrin als die Verteidigungsdoktrin, die Absicht, eine nukleare Erstschlagskapazität zu schaffen, haben sie nicht, hatten sie nicht und werden sie nicht haben. Es liegt im Charakter ihrer Gesellschaftsordnung begründet, daß es für sie ein Streben nach „Einflußsphären“ und militärischer oder politischer Kontrolle über bestimmte Gebiete oder internationale Verkehrswege nicht gibt und nicht geben kann.

Den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, des Verteidigungsbündnisses sozialistischer Länder, ist Blockpolitik wesensfremd. Sie haben wiederholt ihre Bereitschaft zur Auflösung ihres Bündnisses erklärt, wenn gleichzeitig der NATO-Block aufgelöst wird, und haben als ersten Schritt vorgeschlagen, die Militärorganisationen beider Gruppierungen abzuschaffen und dabei mit einer beiderseitigen Reduzierung der militärischen Aktivitäten zu beginnen. Diese Vorschläge sind auch heute noch gültig.

Nicht die Erweiterung beider Bündnisse, nicht die Ausdehnung ihrer Aktivitäten auf neue Gebiete, sondern die Überwindung der Teilung Europas in militärische und politische Gruppierungen, der Abbau der Konfrontation zwischen ihnen, die Festigung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten - das ist die Politik der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages seit seinem Abschluß bis hin zum heutigen Tag. Das würde es den Teilnehmern beider Bündnisse ermöglichen, die Last der Rüstungsausgaben zu verringern und sich voll und ganz den Aufgaben der Entwicklung und der friedlichen Zusammenarbeit zu widmen.

Das wollen die Länder des Warschauer Vertrages, dazu sind sie bereit. Wiederholt ergriffen sie Initiativen, die zu diesem Ziel führen. Die Interessen aller Völker erfordern, daß auch die NATO-Länder ihrerseits eine konstruktive Haltung einnehmen.

Vor einem Vierteljahrhundert, nur 10 Jahre nach der Zerschlagung der faschistischen Aggressoren und der Beendigung des zweiten Weltkrieges, verpflichteten sich die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten, beflügelt von der Idee, eine Welt ohne Kriege zu errichten, in einem Bruderbund zusammenzuarbeiten, um ihren Beitrag zur Lösung dieser großen Aufgabe maximal zu verstärken.

Heute, da seit der Beendigung des zweiten Weltkrieges bereits 35 Jahre vergangen sind, sind sie mehr denn je davon überzeugt, daß der Aufbau einer solchen Welt ein schweres, doch reales Ziel ist. Dieses Ziel wird auch künftig an erster Stelle in ihrer Politik stehen.

Sie sind sich dessen bewußt, daß viele wichtige Fragen; von denen die friedliche Zukunft und der Fortschritt der Menschheit abhängen, insbesondere Fra-